

Nachforderung!

In der letzten Vertreterversammlung der IG Metall Hanau in Bad Orb lag den Delegierten ein Antrag der Kolleginnen und Kollegen der Firma Honeywell vor. Ziel des Antrages ist es, den Vorstand der IG Metall aufzufordern, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 01.12.2010 in Höhe von 250,00 € durchzusetzen. Zeigt es sich doch, so die Delegierten, dass die Verschiebung der Tarifierhöhung, wie vom Vorstand der IG Metall durchgesetzt, falsch war. Ebenso wurde kritisiert dass die IG Metall eine Nullrunde ohne Not akzeptiert hatte. Während die Arbeitnehmer in

der Krise nachhaltig Geld verloren, wurden die Managergehälter kaum reduziert. Die Firmen teilen gerade zur Zeit der Öffentlichkeit immer bessere Ergebnisse mit. Die Logik mit der immer argumentiert wurde, in der Krise die Erhöhung der Löhne zu verschieben,

müsste nun dazu führen die Lohnerhöhungen früher durchzuführen. Nach Diskussion wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Durch ihn soll die Diskussion innerhalb der Organisation der IG Metall angeregt werden. Ebenso soll damit immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Verschiebung der letzten Tarifrunde ein politischer Fehler und eine Missachtung der innergewerkschaftlichen Demokratie war. Ebenso soll deutlich gemacht werden, endlich mit Aktivitäten zu starten, damit die Umverteilung zu Gunsten der Arbeitnehmer beginnen kann.



Sarrazin I

Es ist wie immer in wirtschaftlichen Krisenzeiten, um von den Schandtaten von Kapital und Regierung abzulenken: Man baut Sündenböcke auf. Und genau da taucht jetzt Sarrazin auf und präsentiert uns die neuen Sündenböcke. Früher waren es die Asylbewerber, noch früher die Juden. Politisch waren immer die Russen, die DDR und die Kommunisten als aussätzig erklärt. Uns wirft man mal wieder eine Minderheit zum Fraß vor, an der sich die Volksseele austoben kann und soll. Und so lenkt man ab von so genannten Sparpaketen, Gesundheitsreformen, Atomkraftlaufzeiten und und und. Hauptsache man kommt nicht auf linke Gedanken und fragt nach der wirklichen Ursache der Probleme im Land: dem kapitalistischen Wirtschaftssystem!

Sarrazin II

„Die Muslime wollen sich ja nicht integrieren“. So plärrt es Sarrazin und so plappern es Millionen nach. Dabei sollte man sich noch an Zeiten vor dem „Mauerfall“ erinnern. Haben wir da nicht mit Kuss- und so genannte Russlanddeutsche oder Rumäniendeutsche „Heim ins Reich“ geholt und waren stolz darauf, dass sie auch nach 400 Jahren ihr Deutschtum behalten haben. Oder vor kurzem gab es einen Fernsehbericht über eine Stadt in den USA, wohin vor etwa 200 Jahren Deutsche ausgewandert waren bzw. wohin sie durch den hessischen Landesfürsten verkauft wurden. Dort gibt es „Bratwurst“ und „Sauerkraut“, eine deutsche Zeitung und man spricht Deutsch.

Öffentliche Versammlung

der

DKP Main-Kinzig

19.10.2010 19.30 Uhr

**Reinhardskirche, Hanau
Jakob Rullmann Str.6**

Herausgeber:

DKP Main-Kinzig

dkp-main-kinzig@gmx.de

V.i.S.d.P.: Erich Klösters, Buchbergstr. 9, Hanau

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ Che wurde UZ lesen!

Jetzt 4 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10 € pro Testabo. (Bzw. mit einer Spende in Höhe von _____ Euro)

Name/Vorname

Adresse / e-Mail

CommPress Verlag GmbH - HoffnungstraRe 1 - 45127 Essen - Fax: 0201-2486484 - www.unsere-zeit.de



Ungeschminkt

Zeitung der DKP
für Hanau und Umgebung

Links

Nr. 5

Ausgabe 3 / 2010

Wohnen wird in Hanau zum Luxus

„Die soziale Absicherung des Grundbedürfnisses Wohnen ist und bleibt ein wichtiges Ziel der Stadt Hanau“, heißt es im Antrag von Stadtrat Axel Weiss-Thiel (SPD), mit dem er im April 2009 die Stadtverordnetenversammlung aufforderte, den „Wohnungspolitischen Leitlinien“ zuzustimmen. Diesen Leitlinien ist zu entnehmen, dass die Zahl der Hanauer, die ihr Leben von „Transfereinkommen“ und Niedriglohn fristen, zunimmt. **Aktuell** sind ca. 9.400 Einwohner auf „Stütze“ angewiesen; ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche. Es liegt auf der Hand, dass sie auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, zumal es für „Hartz IV-Bezieher“ auch noch strenge Vorschriften gibt, wie viel Wohnraum und zu welchem Preis sie beanspruchen dürfen. In Hanau wird es für diese Bevölkerungsgruppe allerdings immer schwerer, menschenwürdigen Wohnraum zu finden. Die Wartelisten von Wohnungssuchenden werden länger: die tatsächlichen Zahlen werden nicht ohne Grund verschwiegen; dürften aber bei etwa 1.000 liegen.

Gleichzeitig nimmt der Bau von Sozialwohnungen ständig ab. Das wird in den „Wohnungspolitischen Leitlinien“ ebenso zugegeben, wie die Tatsache, dass Jahr für Jahr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Verschwiegen wird darin, dass der Gemeinnützigkeit verpflichtete kommunale Wohnungsbaugesellschaften darüber hinaus Wohnungen verkaufen und damit privatisieren. Sowohl am Kinzigheimer Weg als auch in

der Luise-Schröder-Straße wird auf diesem Weg versucht, die Bevölkerung auszutauschen, denn an beiden Adressen wurden Mietwohnungen abgerissen bzw. renoviert und in Eigentumswohnungen umgewandelt. Die gleiche unsoziale Politik ist in der Gärtnerstraße und der Dettinger Straße, sowie auf den ehemals von der US-Armee genutzten Flächen zu beobachten: Überall werden mit Eigentumswohnungen zahlungskräftige Mittelstandsbürger angelockt. Wo bisher brachliegende Flächen



bebaut werden – wie auf dem Gelände der Klebstofffabrik Dekalin oder am Alten Rückinger Weg – setzt die Stadt ebenfalls auf Menschen, die sich Wohneigentum leisten können. In entlarvender Offenheit gab Sozial(!)dezernent Weiss-Thiel im Zusammenhang mit dem geplanten Abriss der Wohnungen in der Französischen Allee zu, dass sich der Magistrat wünscht, dass die „gute Wohnlage den Leistungsträgern der Gesellschaft vorbehalten“ bleiben möge.

Die von einem Bündnis aus SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgern für Hanau geführte Stadtspitze glaubt, im Wettkampf der Städte um potente Steuerzahler mitbuhlen zu müssen und wird ihrer Verantwortung für diejenigen, die die kapitalistische Profimaschinerie an den Rand gedrängt hat, nicht gerecht. Dabei verschließen Oberbürgermeister Kaminsky, Stadtentwicklungsleiter Bieberle und Co. ihre Augen nicht nur vor den Nöten der schwächeren Hanauer, sondern scheinen auch blind für die Tatsache, dass es für viele der schicken neuen Eigentumswohnungen keine Käufer gibt: in der Luise-Schröder-Straße steht gut die Hälfte der Wohnungen leer, im Neubaugebiet „Coloneo“ an der Bruchköbeler Landstraße wird der letzte Bauabschnitt hinausgezögert, weil Wohnungen sich nicht verkaufen lassen und auch das in Eigentumswohnungen umgewandelte ehemalige Altersheim an der Dettinger Straße erweist sich als Ladenhüter.

Eigentumswohnungen, die nicht verkauft werden können, stellen eine Geldverschwendung dar. Die Mittel, die für sie investiert wurden, sollten stattdessen zum Bau von bezahlbarem Wohnraum verwendet werden. Dazu muss den Grundstücks- und Immobilienspekulanten – buchstäblich - der Boden entzogen werden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. **Politiker in Kommunen, Ländern und der Bundesregierung müssen daran gemessen werden, ob sie die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen.**

VAC – Tarifvertrag ist machbar!

In der letzten „ungeschminkt“ berichteten wir bereits über die Situation in der Vacuumschmelze in Hanau. Die Geschäftsleitung drohte mit Entlassungen und versuchte gleichzeitig aus dem Flächentarifvertrag zu flüchten. Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall unterschrieben einen Tarifvertrag mit Verzichtselementen um Entlassungen zu verhindern.

In diesem Sanierungstarifvertrag wurde vereinbart, sich Mitte des Jahres bei wirtschaftlicher Besserung zusammen zu setzen um zu beraten, wie die weitere Entwicklung des Tarifvertrages aussehen soll. Anfang August fanden Gespräche mit den Vertretern der Belegschaft der IG Metall über dieses Thema statt. Obwohl sich die Situation bei der Vacuumschmelze erheblich gebessert hat, wurden von der Geschäftsleitung die Forderung gestellt, den Verzichtstarifvertrag um weitere 3 Jahre zu verlängern. Eigentlich keine Überraschung, denn was eine Geschäftsleitung erst mal an Löhnen und Gehältern eingespart hat will sie – zumindest nicht freiwillig – nicht wieder zurückgeben.

Die Geschäftsleitung legte sogar noch einen drauf. Sie forderte eine

www.kommunisten.de - www.kommunisten.de - www.kommunisten.de

Honeywell – wie lange noch?

Diese Frage hat für die Beschäftigten der Honeywell in Maintal-Dörnigheim immer größere Bedeutung. Einst ein stolzer Betrieb mit mehr als 1000 Arbeitnehmern sind heute noch rund 180 Arbeitnehmer in der Honeywell beschäftigt.

Am Beispiel Honeywell kann deutlich gemacht werden, wie ein Management bewusst einen Betrieb Stück für Stück herunterwirtschaftet. Die Auswirkungen für die Beschäftigten sind ihm völlig egal, die Auswirkungen für die Region sind ihm völlig egal. Die Auswirkungen für die nachfolgende Generation, die keinen Ausbildungsplatz mehr bekommen, sind ihm ebenfalls völlig egal. So sind die „modernen“ Manager eben.

Die Beschäftigten gehen mittlerweile

höhere Flexibilisierung der Arbeitszeit, Arbeitszeitkonten mit Plus und Minus in erheblicher Größenordnung. Urlaubs- und das sogenannte Weihnachtsgeld sollen vom Ergebnis des Unternehmens abhängig gemacht und nur dann gezahlt werden, wenn die Geschäftsleitung dies für richtig erachtet. Diese Forderungen wurden von Betriebsrat, Belegschaft und Gewerkschaft abgelehnt und die Wiedereinführung des Flächentarifes zum 01.01.2011 gefordert. Weitere Gespräche wurden auf unbestimmte Zeit vertagt.

Gerüchte sagen, dass die Geschäftsleitung in den USA eine weitere Firma aufkaufen will. Wenn dazu Geld vorhanden ist, kann der Flächentarifvertrag ebenso wieder in Kraft gesetzt werden.



chentarifvertrag ebenso wieder in Kraft gesetzt werden.

davon aus, dass in Maintal die Produktion völlig eingestellt wird. Es gibt so gut wie keine neuen Aufträge mehr, ja den verantwortlichen Arbeitnehmern ist sogar untersagt mit den Kunden zu kommunizieren. Ebenso sind Versetzungen nach Raunheim geplant.

Die Belegschaft, der Betriebsrat und die IG Metall wollen da nicht tatenlos zusehen. „Dann machen wir Zirkus“ ist aus Belegschaftskreisen zu hören. Wieder mal ein Beispiel, dass die Verfügungsgewalt alleine in den Händen der sogenannten Kapitalvertreter nichts Gutes für die Menschen in den Regionen zur Folge hat. Dies zu ändern ist also eine dringliche und notwendige Aufgabe an der wir arbeiten müssen.

Thermo Fisher

Von „all time high“ zur roten Liste

Die Gier kennt bei den Konzernen keine Grenzen! Eigentlich ist dies eine Binsenweisheit, werden sie doch getrieben vom „Zwang“ immer mehr und immer höhere Profite zu realisieren.

So auch beim in Langenselbold ansässigen Betrieb Thermo Fisher. Die Geschäftsleitung ist mit dem Ergebnis unzufrieden. Das Thermo eine Profitrendite von ca.20% auf den Umsatz erwirtschaftet ist ihnen nicht genug. Im Vergleich der ungefähr 120 Produktionsstätten, so teilte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat und der Belegschaft mit, sei die Produktivität in Langenselbold nicht auf dem höchsten Niveau.

Durch Arbeitszeitveränderungen könne eine noch bessere Auslastung erreicht werden. Arbeitsabläufe sollen teilweise oder ganz ausgegliedert werden. Komponenten die jetzt noch Langenselbold herstellt, sollen daraufhin überprüft werden, ob sie nicht außerhalb günstiger zu bekommen sind. Langenselbold ist auf der roten Liste der Konzernbetriebe, die nicht die geforderte Rendite erbringen.

Die Belegschaft, die durch ihre Arbeitsleistung erst die Möglichkeit geschaffen hat das in einem Produktionsbetrieb Ergebnissen um die 20% vom Umsatz möglich sind, wird nicht gefragt.

Der unsinnigen Spirale auf immer mehr Rendite ist nur dadurch beizukommen, wenn Betriebsrat, Belegschaft und Gewerkschaft Einfluss auf die Ziele der Unternehmen erkämpfen. Die alleinige Verfügungsgewalt der Kapitaleseite auf die Unternehmen zeigt, dass sie keine vernünftige Ziele haben, außer mehr, mehr und immer mehr.

Effektivität der Wirtschaft darf nicht in der Rentabilität des Kapitals und in den Kennziffern der internationalen Konkurrenzfähigkeit gemessen werden, sondern muss sich an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung orientieren. Dafür müssen wir kämpfen!

Kommunale Krankenhäuser in Not

Im erweiterten Rhein-Main-Gebiet gibt es z. Z. noch 5 Krankenhäuser - eines davon ist das Klinikum Hanau - der „Maximalversorgung“, die sich in kommunaler Hand befinden



Allen gemeinsam ist, dass sie seit Jahren um ihr Überleben als kommunale Häuser kämpfen. Durch die von CDU/SPD/FDP und Grünen bewußt herbeigeführte Finanznot der Kommunen, die die Finanzmittel für ihre Kliniken gekürzt bzw. ganz eingestellt haben, sowie unzureichender finanzieller Ausstattung bei z.B. Neubauten oder Erneuerungen durch das Land Hessen werden die Kliniken gezwungen, aus „eigener Kraft“ zumindest Teilfinanzierungen vorzunehmen. Die duale Finanzierung der Krankenhäuser, also Steuergelder für den Erhalt, Krankenkassengelder für die Versorgung ist somit faktisch durch Unterlassung der Länder abgeschafft. Die Einführung der Fallkostenpauschale, das heißt, jeder Erkrankung werden erstattungswürdige Durchschnittskosten sowie eine Durchschnittsliedgedauer zugeordnet, hat zu einer weiteren Verschärfung der finanziellen Lage beigetragen. Patienten, die länger im Krankenhaus bleiben müssen als vorgegeben, kosten das Krankenhaus Geld. Die vorgegebene ökonomische Notwendigkeit Patientenzahlen zu steigern- mit möglichst gut bezahlten Erkrankungen - führt zu einem Konkurrenzkampf um Pati-

enten unter den Krankenhäusern! Die Auswirkungen auf Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind: Outsourcing, Lohn-dumping, Stellenabbau, insbeson-

dere im Pflegedienst und massive Arbeitsverdichtung. Leidtragende sind Beschäftigte und Patienten. In Offenbach und Wiesbaden konnte Politik und Geschäftsführung soviel Druck gegenüber der Belegschaft aufbauen, dass diese bereit war, Teile ihres Lohns zur Sanierung der Häuser zur Verfügung zu stellen. In Offenbach waren dies in den letzten 6 Jahren ca. 24 Mio €!

Der Betriebsrat des Klinikums Hanau willigte unter der Maßgabe, dass die Belegschaft umfassend beteiligt wird ein, sich mit der Geschäftsführung an einen Tisch zu setzen, um Veränderungsprozesse gemeinsam zu erarbeiten. Ziel ist hierbei die Wahrung der Belange der Beschäftigten. Ende 2010 wird eine erste einigermaßen solide Bewertung möglich sein. Die jetzt noch zu vernehmenden Äußerungen der Kommunalpoliti-

ker, sie stehen zu ihrem kommunalen Krankenhaus und sehen Gesundheitswesen als ein Teil des Gemeinwesens und somit als staatliche Aufgabe und Verantwortung, stehen im Gegensatz zur Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Es scheint allerdings eine Frage der Zeit, der Höhe der Verschuldung der einzelnen Klinik und der Höhe des Millionengebotes von Klinikkonzernen, wann in den einzelnen Städten die „Sachzwänge“ überwiegen und das erste Krankenhaus von den Fünfen verkauft wird. Klinikkonzerne wie Asklepios und Rhön stehen in den Startlöchern. Mit welcher Naivität allerdings mancher Entscheidungsträger beschlagen ist, zeigt das jüngste Beispiel aus Homberg Efze. Ein SPD Politiker ist nun sehr enttäuscht darüber, dass der Asklepioskonzern, an den sie unter SPD-Führung im Kreis die Kliniken verkauft haben, nun entgegen der Absprache die Inneren und Chirurgischen Stationen schließen und Patienten und Angehörigen über 30 km fahren müssten, um ein Krankenhaus zu erreichen.



Als ob Konzerne ein anderes Interesse als Profitmaximierung hätten ! Es gilt, sich der Privatisierung öffentlichen Eigentums zur Wehr zu setzen - im Gesundheitswesen ... und auch anderswo!